

Brief n°1166 von Dienstag 8. September 2026

Frankreich – Deutschland – Europa: Die Kontrolle über unser Schicksal zurückgewinnen

Joachim Bitterlich - 08 Sep 2026

Die deutsch-französischen Beziehungen haben an Stabilität verloren, während beide Länder Schwierigkeiten haben, auf die aktuellen wirtschaftlichen, politischen, sicherheitspolitischen und geopolitischen Krisen zu reagieren. Die Wiederherstellung des Vertrauens und der deutsch-französischen Führungsrolle würde es Europa ermöglichen, seine eigenständige Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Dies setzt voraus, dass Abhängigkeiten in wesentlichen Bereichen wie Energie, Technologie, Migration, Verteidigung und Außenpolitik abgebaut werden. Vorrangig ist der Aufbau einer konkreten und strategischen Zusammenarbeit, um die europäische Souveränität und Stabilität zu stärken.



[Neuigkeiten](#) | [Stiftung](#) | [Konflikt Russland-Ukraine](#) | [Wirtschaft und Finanzen](#) |
[Verteidigung und Sicherheit](#) | [Digitales, Technologie und Weltraum](#) |

[Demokratie und Politik](#) | [Kultur](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ Neuigkeiten :



Wenn sich Europa durchsetzt ... ohne die Politiker

Europa, ebenso umstritten wie begehrt, verkörpert die relative Ausübung von Souveränität im 21. Jahrhundert. So wie sich der europäische Gedanke bei den wirtschaftlichen und sozialen Akteuren des Kontinents durchgesetzt hat, machen sich auch die Nachbarn Europas diesen Gedanken still und leise zu eigen. Die Schweiz, Island, Norwegen oder Großbritannien schließen immer mehr Abkommen mit der Union, um von deren Vorteilen zu profitieren, lehnen jedoch einen Beitritt ab. Werden die Wahlen im Jahr 2027 es den politischen Entscheidungsträgern ermöglichen, die Attraktivität Europas anzuerkennen ... die bei anderen offensichtlich ist? [Fortsetzung](#)

■ Stiftung :



NextGenerationEU: Schweden hat 100 % seines Plans erreicht

Am 31. August hat die Europäische Kommission den dritten und letzten Zahlungsantrag Schwedens in Höhe von 332,8 Millionen Euro im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität genehmigt. Mit dieser Genehmigung ist Schweden nach Dänemark der zweite Mitgliedstaat, der 100 % der Reformen und Investitionen seines Konjunkturprogramms umgesetzt hat. Die Stiftung bietet auf ihrer Website eine Übersicht über die verschiedenen nationalen Konjunkturprogramme an, in der die Beträge, Zeitpläne und Prioritäten dargestellt sind. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Parlamentswahlen in Schweden: Kann die Opposition gewinnen oder stehen die Schwedendemokraten kurz vor der Machtübernahme?

Die schwedischen Parlamentswahlen am 13. September finden vor dem Hintergrund einer zersplitterten politischen Landschaft statt. In den Umfragen liegen die Sozialdemokraten mit 29,2 % an der Spitze, gefolgt von den Schwedendemokraten (18,9 %) und den Moderaten (16,4 %). Einwanderung, Kriminalität und Wirtschaft gehören ebenso wie Umwelt und Sicherheit zu den wichtigsten Anliegen der Wähler. Das regierende rechte Bündnis, das von den Schwedendemokraten unterstützt wird, sieht sich einer linken Opposition gegenüber, die eine alternative Mehrheit bilden könnte, da für die absolute Mehrheit im Riksdag 175 Sitze erforderlich sind. Die Liberalen schließlich, denen 3 % der Stimmen zugeschrieben werden, laufen Gefahr, keine Sitze im Parlament zu erhalten, da sie die erforderliche 4-Prozent-Hürde nicht erreichen dürften. [Fortsetzung](#)

■ Konflikt Russland-Ukraine :



Neues Treffen der Freiwilligenkoalition

Am 24. August kamen die Spitzenvertreter der Freiwilligenkoalition zu einem Treffen in Kiew zusammen, um den 35. Jahrestag der Unabhängigkeit der Ukraine zu begehen. Den Vorsitz führten der britische Premierminister Andy Burnham, der französische Präsident Emmanuel Macron, der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj. Das Treffen bot der Koalition insbesondere die Gelegenheit, das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung zu bekräftigen sowie sich darauf zu einigen, dass die Wirtschaftssanktionen gegen Russland fortgesetzt werden müssen und dass der ukrainische Energiesektor vor dem kommenden Winter dringend unterstützt werden muss. [Fortsetzung](#)



21. Runde europäischer Sanktionen gegen Russland

Am 23. Juli hat der Rat die 21. Runde von Sanktionen gegen Russland verabschiedet. Um den wirtschaftlichen Druck auf Russland vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine zu erhöhen, verschärft die Europäische Union insbesondere die Beschränkungen für den russischen Finanz- und Energiesektor. Das Paket sieht insbesondere neue Verbote für Transaktionen mit russischen Finanzinstituten und bestimmten Banken aus Drittländern vor. Es verschärft die Maßnahmen gegen den Ölsektor und die russische "Geisterflotte" und erweitert die Ausfuhrbeschränkungen für Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck auf neue Einrichtungen aus. Das Paket umfasst darüber hinaus neue individuelle Sanktionen gegen Personen und Einrichtungen mit Verbindungen zu Russland. [Fortsetzung](#)

■ Wirtschaft und Finanzen :



Die EZB startet eine Konsultation zu einem neuen Design für Banknoten

Am 23. Juli hat die Europäische Zentralbank die Bürger des Euro-Währungsgebiets dazu aufgerufen, das Design ihrer künftigen Banknoten mitzubestimmen. Sie haben bis zum 21. September 2026 Zeit, online ihre Meinung zu zehn Vorschlägen abzugeben, die sich auf zwei Themenbereiche verteilen: "Europäische Kultur" und "Flüsse und Vögel". Am selben Tag beschloss der EZB-Rat, die drei Leitzinsen der EZB unverändert zu lassen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Der Rat gibt grünes Licht für eine Reform des Zollrahmens

Der Rat hat am 3. September einer Überarbeitung des Zollrahmens der Union endgültig zugestimmt; dabei handelt es sich um die umfassendste Reform dieser Art seit Jahrzehnten. Die aktualisierten Rechtsvorschriften statten die Union mit neuen, innovativen Instrumenten aus, die darauf abzielen, den weltweiten Handel, insbesondere den elektronischen Handel, besser zu erleichtern, Zölle effizienter zu erheben und die Kontrollen von nicht konformen, gefährlichen oder unsicheren Waren zu verstärken. [Fortsetzung](#)



Verhandlungen über den künftigen EU-Haushalt

Am 25. August begann der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, eine Rundreise durch die Hauptstädte der Europäischen Union, um sich über die Prioritäten der Union auszutauschen und die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028–2034 abzuschließen. Am 27. August forderten Deutschland, Österreich, Dänemark, Finnland, die Niederlande und Schweden eine Überarbeitung dieses Haushalts und sprachen sich für einen "realistischeren" Ansatz aus. Sie forderten eine Kürzung des MFR um "mehrere hundert Milliarden Euro", dessen von der Kommission vorgeschlagener Betrag sich auf fast 2.000 Milliarden Euro beläuft. Der MFR stand auf der Tagesordnung des informellen Treffens der für europäische Angelegenheiten zuständigen Minister am 3. und 4. September in Dublin. Nach Debatten über das "Ausgaben-Einkommens-Gleichgewicht im nächsten MFR" führte der irische Minister Thomas Byrne Gespräche mit seinen Amtskollegen, um die Bildung eines Konsenses zu fördern. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)

Treffen der Finanzminister der G20

Am 31. August und 1. September trafen sich die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der G20 in Asheville in den Vereinigten Staaten. Vor dem Hintergrund erhöhter Inflationsrisiken aufgrund des Konflikts zwischen den USA und dem Iran lag der Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums, insbesondere durch den Abbau regulatorischer Hürden und die Förderung von Investitionen, bei gleichzeitiger Sicherung der Lieferketten und der Beschleunigung der Schuldenbereinigung in Ländern in Schwierigkeiten. China lehnte die bekundete Absicht ab, globale Handelsungleichgewichte abzubauen, die insbesondere auf Länder mit hohen Überschüssen abzielte. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Verteidigung und Sicherheit :



Frankreich und Schweden stärken ihre Partnerschaft

Am 31. August reiste der französische Präsident Emmanuel Macron nach Stockholm, um an der Unterzeichnungszeremonie für den Vertrag über den Kauf von vier französischen Verteidigungs- und Einsatzfregatten durch Schweden teilzunehmen, die von der Naval Group hergestellt werden. Dieser Kauf ist Teil einer Politik des gegenseitigen Beschaffungsaustauschs zwischen den beiden Ländern, da Frankreich zwei schwedische Aufklärungs- und Luftkommandoflugzeuge bestellt hat. Zudem wurde ein Rahmenabkommen unterzeichnet, das darauf abzielt, die Verteidigungszusammenarbeit zwischen Frankreich und Schweden in den "operativen, kapazitätsbezogenen und industriellen Bereichen" zu stärken. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Griechenland kauft einen "Achilles-Schild" von Israel

Am 31. August gaben das griechische und das israelische Verteidigungsministerium die Unterzeichnung eines Vertrags über 3 Milliarden Euro für den Export eines Luftabwehrsystems bekannt. Mit dem künftigen "Achilles-Schild" wird Griechenland der erste Staat der Europäischen Union sein, der ein integriertes Raketenabwehrsystem nach israelischem Vorbild einführt. Während die Annäherung zwischen den beiden Mittelmeerstaaten bereits seit dem letzten Jahrzehnt im Gange ist, steht das jüngste Abkommen im Zusammenhang mit einer Verschlechterung der Beziehungen zur Türkei und der Modernisierung der militärischen Strategien. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Digitales, Technologie und Weltraum :



Mission Epsilon – die längste europäische bemannte Weltraummission

Am 3. September wurde die Mission Epsilon der Europäischen Weltraumorganisation nach 202 Tagen im Weltraum zur längsten europäischen bemannten Weltraummission. Die französische Astronautin Sophie Adenot, die im Rahmen dieser Mission seit Februar 2026 an Bord der Internationalen Raumstation weilt, hat insbesondere eine Reihe europäischer wissenschaftlicher und technologischer Experimente durchgeführt und drei Außenbordaktivitäten (EVA) absolviert. Diese decken Themen ab, die von der menschlichen Physiologie bis hin zu Technologien reichen, die für zukünftige Missionen zum Mond und zum Mars nützlich sind. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



ChatGPT fällt nun unter die DSA

Am 31. August hat die Kommission ChatGPT als "sehr große Online-Suchmaschine" im Sinne der europäischen Verordnung über digitale Dienste (DSA) eingestuft. In dieser Eigenschaft muss ChatGPT künftig strengere Auflagen erfüllen, insbesondere hinsichtlich der Bewertung und Minderung systemischer Risiken im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit. ChatGPT fällt zudem bereits unter die europäische KI-Verordnung (AI Act), die im August 2024 in Kraft getreten ist. [Fortsetzung](#)



Französisch-niederländischer Dialog über Technologie

Der französische Präsident Emmanuel Macron reiste am 2. September nach Eindhoven in den Niederlanden, um dort den niederländischen Ministerpräsidenten Rob Jetten zu treffen und sich über ihre gemeinsamen Prioritäten zur Stärkung der europäischen Souveränität auszutauschen – vor dem Hintergrund eines internationalen Umfelds, das von erheblichen Ungleichgewichten und tiefgreifenden wirtschaftlichen und technologischen Veränderungen geprägt ist. [Fortsetzung](#)

■ Demokratie und Politik :



Erste Rede von Andy Burnham vor dem Unterhaus

Am 1. September hielt der britische Premierminister Andy Burnham seine erste Rede vor dem Unterhaus. Zunächst würdigte er das Wirken seines Vorgängers Keir Starmer in den Bereichen Migrationspolitik und Unterstützung der Ukraine. Anschließend legte er die politischen Prioritäten dar, die er während seiner Amtszeit verfolgen will, darunter die Ankurbelung des Wachstums durch Maßnahmen zur Entlastung der Lebenshaltungskosten, eine neue Rolle der öffentlichen Hand im wirtschaftlichen Bereich, eine ehrgeizige Industriepolitik sowie die Fortsetzung der wirtschaftlichen und politischen Dezentralisierung ("Devolution"). [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Die AfD geht bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt als Sieger hervor, erreicht jedoch keine absolute Mehrheit

Sachsen-Anhalt hat am 6. September ein neues Landesparlament gewählt. Die AfD, die von den Verfassungsschutzbehörden Sachsen-Anhalts als "gesichert rechtsextrem" eingestuft wird, erzielte 43,8 % der Stimmen – das beste Ergebnis, das diese Partei je erzielt hat, und das höchste Ergebnis bei einer Landtagswahl seit einem Jahrzehnt. Die CDU musste starke Einbußen hinnehmen und kam auf 17,2 %, während die SPD 9,3 % erreichte. Die Grünen erreichten 8,9 % und Die Linke 8,6 %. Die BSW zieht mit 5,3 % in den Landtag ein. Nun bleibt nur noch abzuwarten, welche Parteien eine Koalition bilden werden. Die AfD kann ohne eine weitere Partei keine Regierung bilden: Sie erreichte 39 Sitze im Landtag, während eine Mehrheit von 42 Sitzen erforderlich ist. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Scheitern des Referendums über den EU-Beitritt in Island

Am 29. August stimmten die Isländer in einem Referendum über die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union ab. 52,8 % stimmten dagegen. Dieses Ergebnis lässt sich insbesondere durch die Herausforderungen im Bereich der Fischerei erklären: Die Fischereiindustrie befürchtete, dass eine gemeinsame Fischereipolitik mit der Europäischen Union zu einem Verlust der Souveränität in diesem Sektor führen könnte, der eine zentrale Rolle in der isländischen Wirtschaft spielt. Während alle Verhandlungen mit der EU seit 2013 zum Stillstand gekommen sind, folgt dieses Referendum auf die Drohung des US-Präsidenten Donald Trump, das benachbarte Grönland zu annektieren, sowie auf die Befürchtung des Landes, das zwar über keine eigene Armee verfügt, aber Mitglied der NATO ist, seine eigene Verteidigung nicht gewährleisten zu können. [Fortsetzung - Andere Links](#)



András Baka zum ungarischen Staatspräsidenten gewählt

Am 11. August wurde der Richter András Baka von den ungarischen Abgeordneten zum Staatspräsidenten gewählt. Der ehemalige Präsident des ungarischen Obersten Gerichtshofs war 2012 wegen seines Widerstands gegen die vom ehemaligen Ministerpräsidenten Viktor Orbán angestrebte Justizreform seines Amtes enthoben worden. Seine Ernennung durch den neuen Ministerpräsidenten Péter Magyar erfolgte nach der Absetzung von Präsident Tamás Sulyok und ist Teil eines umfassenderen Bestrebens, den Einfluss der Fidesz-Partei von Viktor Orbán auf das ungarische politische System zu brechen. Er trat sein Amt am 19. August für eine Amtszeit von fünf Jahren an. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Der norwegische König Haakon VIII. legt den Eid ab

Der neue König von Norwegen, Haakon VIII., hat am 1. September vor dem norwegischen Parlament, dem Storting, den Eid abgelegt und sich zur Einhaltung der Verfassung verpflichtet. König Haakon VIII. trat die Nachfolge seines Vaters, König Harald V., an, nachdem dieser am 28. August im Alter von 89 Jahren nach 35-jähriger Regierungszeit verstorben war. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Ülle Madise zur Präsidentin der Republik Estland gewählt

Am 2. September wurde Ülle Madise von den Abgeordneten des Riigikogu mit 71 von 78 abgegebenen Stimmen zur Präsidentin der Republik Estland gewählt – das sind drei Stimmen mehr als die 68 Stimmen, die erforderlich waren, um die in der Verfassung vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Bislang war sie seit 2015 als Justizkanzlerin tätig, wozu insbesondere die Überwachung der Verfassungsmäßigkeit der Gesetzgebung gehört. Sie wird ihr Amt am 12. Oktober antreten und für eine Amtszeit von fünf Jahren die Nachfolge von Alar Karis antreten. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Kultur :



Der Teppich von Bayeux wird im British Museum ausgestellt

Am 2. September haben der französische Präsident Emmanuel Macron, König Charles III. und der britische Premierminister Andy Burnham die Ausstellung zum Teppich von Bayeux im British Museum in London eröffnet. Der 70 Meter lange Wandteppich aus dem 11. Jahrhundert, der die Eroberung Englands im Jahr 1066 darstellt, wird vom französischen Staat bis zum 11. Juli 2027 an Großbritannien ausgeliehen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Festival für Fotojournalismus in Perpignan

Bis zum 13. September findet in Perpignan die 38. Ausgabe des Festivals "Visa pour l'Image" statt. Ausstellungen, Filmvorführungen, Begegnungen und Erfahrungsberichte prägen dieses internationale Festival für Fotojournalismus. Von der Ukraine bis zum Iran, vom Klimawandel bis zu den Olympischen Winterspielen in Mailand-Cortina – das Programm lädt dazu ein, aktuelle Ereignisse, Krisen und Konflikte aus einem neuen Blickwinkel zu entdecken. [Fortsetzung](#)



Die Mostra in Venedig

Die 83. Ausgabe der Internationalen Filmfestspiele von Venedig findet bis zum 12. September statt. 21 Spielfilme konkurrieren um den Goldenen Löwen. Die Auswahl sorgt jedoch aufgrund der geringen Vertretung von Frauen für Kontroversen: Nur zwei Regisseurinnen wurden ausgewählt. [Fortsetzung](#)



Die Dresdner Staatskapelle auf Europatournee

Bis zum 13. September begibt sich die Dresdner Staatskapelle unter der Leitung ihres italienischen Dirigenten Daniele Gatti auf Europatournee. Das Orchester wird dabei bei mehreren europäischen Festivals auftreten, unter anderem in Ljubljana, Verona, Meran, Künzelsau und Breslau. [Fortsetzung](#)



Flamenco-Biennale in Sevilla

Bis zum 3. Oktober findet in Sevilla die Flamenco-Biennale statt, ein unverzichtbares Ereignis für Liebhaber dieser typisch andalusischen Kunstform, die Gesang und Tanz vereint. Das Programm erstreckt sich über einen Monat und umfasst neben Aufführungen auch Kurse, Vorträge und Diskussionen. [Fortsetzung](#)

■ Agenda :

 10/09/2026

EZB-Rat (Berlin)

 13/09/2026

Parlamentswahlen (Schweden)



Der Buchstabe n°1166

PDF

auf Deutsch -- Ausgabe von Dienstag 8. September 2026

↓ Ich lade
runter

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :
Helen Levy ;
Catherine d'Angelo, Lauriane Draghi,
Charles Mateos y Lago, Charlotte

Chefredakteur :
Juliette Bachschmidt
Publikationschef :
Pascale Joannin

Feldmann

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Kontaktiere uns!

info@robert-schuman.eu

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)



Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}